



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 10.10.2019 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Nadine Walbrach

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel
Herr Adrian Hepp
Herr Hans Kühlewind
Herr Edgar Leisten
Herr Detlef Schlüpen
Frau Dr. Ricarda Voigt
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Jens Wylegalla

Sachkundige Einwohner

Frau Anna-Sara Buchheim
Herr Manuel Hurtig
Frau Ulrike Schwenter

bis 18.40 Uhr

Verwaltung

Herr Johannes Ferdinand
Herr Karsten Dornquast
Frau Birgit Ernst
Herr Chrstof Kürschner
Frau Birgit Kaminski

Beigeordneter und Leiter Dezernat I
Leiter des Amtes für Bildung, Kultur u. Sport
Schulrätin Staatliches Schulamt
Schulrat Staatliches Schulamt
Fachkoordinatorin Sportmanagement

Gäste

Herr Thomas Berger
Herr Niepalla

Bürgermeister Stadt Trebbin
Leiter Abt. Sport, Kultur, Bildung u. Soziales der
Stadt Ludwigsfelde
Schulleiter der Gottlieb-Daimler-Oberschule
Ludwigsfelde

Herr Große

Eltern aus der Stadt Ludwigsfelde

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Wilfried Rauhut

Sachkundige Einwohner

Herr Tom Siedenberg
Frau Martina Christ
Herr Martin Wonneberger

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2019
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Anhörung des Ministeriums des Innern und für Kommunales (MIK) zur 6-3975/19-I
kommunalaufsichtsrechtlichen Anordnung der Auflösung der Schule
„J.H. Pestalozzi“ mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt
„Lernen“, Schulstraße 1-2 in Jüterbog gemäß § 105 Absatz 3 Satz 2
des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG)
- 6.2 1. Teiländerung der integrierten Schulentwicklungsplanung des 5-3778/19-I
Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum 2017–2022
für das Mittelzentrum Ludwigfelde
im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Walbrach, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.
Sie verpflichtet die anwesenden sachkundigen Einwohner.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2019

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Herr Volker Große, Schulleiter der Gottlieb-Daimler-Oberschule berichtet, dass die Abgeordneten dem Antrag der Stadt Ludwigsfelde zur Errichtung einer 5-zügigen Gesamtschule zugestimmt haben. Gegenwärtig werden ca.100 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang aufgenommen. Mit der Genehmigung dieser Gesamtschule, die eine Drittelparität aufweist, bedeutet das, die Kapazität wird in den Bereichen nicht ausreichend sein. Deswegen wurde in der Schulkonferenz der Oberschule die Frage an Herrn Bürgermeister Igel und Herrn Niepalla gestellt, ob dieses Konzept zustimmbar ist, da die dargestellten Zahlen im Antrag nicht ausreichend sind.

Weiter bemerkt er, das von Herrn Igel angeforderte Gutachten gibt eine gute Aussicht in die Zukunft. Es werden mehr Schülerinnen und Schüler in die Sek 1 und später in die Sek 2 aufwachsen. Im Bericht des Landkreises steht, dass es derzeit keinen akuten Bedarf für die Einrichtung einer Gesamtschule gibt. In vier bis sieben Jahren werden lt. Gutachten ca. 12 – 15 Züge in der Sek 1 benötigt, die Gesamtschule stellt fünf dar. Es besteht somit noch großer Klärungsbedarf hinsichtlich der Zahlen. Er bittet um Beantwortung der Frage. Er bemerkt, die Oberschule betreut etwa 45 % - 50 % der Kinder eines Jahrganges in Ludwigsfelde. Das Kerngeschäft sind hauptsächlich die Laufbahnen „Berufsbildungsreife“ bzw. „Fachhochschulreife“. Diese Jugendlichen bedürfen einer besonderen Zuwendung. Er weist auf die Nachwuchsprobleme in Deutschland hin und meint, daher kann nicht zugelassen werden, dass Bildung sich für benachteiligte Kinder verschlechtert. Ein Konzept des Landes Brandenburg vertritt die Idee, Grund- und weiterbildende Schulen in einem Schulzentrum zusammenzufassen. Die Gesamtschule würde diese Struktur verhindern. Er fragt, ob man Strukturen bejahen kann, die bessere Chancen für mehr Schülerinnen und Schüler verhindern.

Frau Walbrach erklärt, dass die Fragen im TOP 6.2 berücksichtigt werden.

Herr Christian Quader aus Ludwigsfelde stellt sich als Vater eines Schulkindes sowie von drei zukünftigen Schulkindern und stellvertretender Sprecher des Kreiselterates vor. Er erklärt, hinsichtlich des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums in Ludwigsfelde befürchten viele Eltern, dass der Bedarf im Sek 2-Bereich in Ludwigsfelde nicht dementsprechend gedeckt werden kann. Eine kurzfristige Lösung wäre für ihn die Oberschule zu einer Gesamtschule umzufunktionieren. Ihm sind keine Unterschiede in der Beschulung von Oberschule oder Gesamtschule bekannt.

Frau Kerimov möchte auf die Ausführungen des Schulleiters Große eingehen. Sie verweist auf die Petition mit weit über 800 Unterschriften und versteht daher nicht die Aussage, dass kein Bedarf für eine Gesamtschule besteht. Sie erkennt keine logische Begründung, warum der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Betreuungsbedarf aufgrund der Gesamtschule wegbrechen sollte. Sie meint, es sollten alle Schülerinnen und Schüler einbezogen werden und nicht nur diejenigen mit besonderem Bedarf. Sie fragt, wie das geschafft werden kann.

Herr Bürgermeister Berger fragt zum einen, warum der Landkreis frühzeitig ohne Not das derzeitige Gleichgewicht im Bildungsangebot der Sek 2 im Norden des Landkreises stören möchte. Es werden die Möglichkeiten Gymnasien und OSZ angeboten. Er erkennt das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger von Ludwigsfelde und auch der Stadt Ludwigsfelde

sich langfristig auf eine andere Schulperspektive einzustellen, aber er versteht nicht warum es vorzeitig passieren muss.

Frau Walbrach erklärt, diese Fragen werden im TOP 6.2 beantwortet.

TOP 4 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Walbrach interessiert, wie hoch der Sanierungsbedarf vor allem hinsichtlich der Hygiene und Sicherheit an den kreiseigenen Schulen ist.

Herr Ferdinand antwortet, der Bereich Liegenschaften des Landkreises hat vor einigen Wochen die notwendigen Maßnahmen für die eigenen Liegenschaften, bei denen es sich weitgehend um Schulen handelt, zusammengestellt. Abzüglich der Komminvest-Maßnahmen, die vorwiegend für die Schulen, insbesondere die Gymnasien Rangsdorf, Ludwigsfelde und Jüterbog verwendet werden, handelt es sich um einen Betrag von ca. 26 Mill. Euro. Er bittet die Abgeordneten um Unterstützung.

TOP 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Dornquast teilt nachfolgend aufgeführte Terminvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport für das Jahr 2020 mit:

Donnerstag, 13.02.2020
Donnerstag, 02.04.2020
Donnerstag, 04.06.2020
Donnerstag, 24.09.2020
Donnerstag, 19.11.2020.

Zur nächsten Sitzung wird er inhaltliche Schwerpunkte zu den Terminen vorbereiten.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass die zuständige Schulrätin für Grund- und Förderschulen im südlichen Landkreis, Frau Ernst sowie der zuständige Schulrat für die weiterführenden Schulen im Landkreis Teltow-Fläming, Herr Kürschner, anwesend sind.

TOP 6 **Beschlussvorlagen**

TOP 6.1 **Anhörung des Ministeriums des Innern und für Kommunales (MIK) zur kommunalaufsichtsrechtlichen Anordnung der Auflösung der Schule „J.H. Pestalozzi“ mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, Schulstraße 1-2 in Jüterbog gemäß § 105 Absatz 3 Satz 2 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) (6-3975/19-I)**

Herr Dornquast erläutert, die formale Schließung der Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ Jüterbog stand bereits zweimal auf der Tagesordnung des alten Kreistages und wurde jeweils abgelehnt. Die Landrätin musste aufgrund der Rechtswidrigkeit des Beschlusses die Ablehnungen jeweils beanstanden. Nach der zweiten Beanstandung wurde entsprechend des Verfahrens die Aufsichtsbehörde, das Innenministerium des Landes Brandenburg, eingeschaltet. Das Innenministerium hat sich in dieser Angelegenheit mit dem

Bildungsministerium verständigt. Er weist auf die Stellungnahme des Innenministeriums in den Unterlagen hin, die bekräftigt, dass die Vorlage der Verwaltung rechtskonform und korrekt ist. Da die Förderschule, die nicht über die ausreichende Anzahl von Schülerinnen und Schülern, Klassen bzw. Zügen verfügt, nicht fortgeführt werden kann und darf, musste die Verwaltung im Rahmen des Anhörungsverfahrens nochmals den Kreistag involvieren. Der Kreistag hat durch das Innenministerium die Aufforderung, darüber zu entscheiden. Sollte der Kreistag die Schließung der Schule ablehnen, wird es eine entsprechende Anordnung des Innenministeriums zur formalen Schließung zum Ende des laufenden Schuljahres geben.

Frau Dr. Voigt ist verwundert über den Verbleib der Schülerinnen und Schüler der Förderschule, da sie nicht glaubt, dass deren Probleme weniger wurden. Sie fragt, ob die Schülerinnen und Schüler an anderen Schulen mit Sonderpädagogen beschult werden.

Herr Dornquast erklärt, in der Entwicklung der letzten zehn Jahre im Süden des Landkreises durch den gemeinsamen Unterricht, der zunächst in Pilotform an verschiedenen Schulen stattfand, ist eine Entwicklung eingetreten, dass Eltern insbesondere aus dem südlichen Bereich ihre Kinder nicht mehr an der Förderschule angemeldet haben oder im Rahmen des Förderverfahrens diese nicht angewählt wurde. Sie sind in der Regel an den Grundschulen vor Ort verblieben. Die Grundschulen wurden zunehmend besser mit Sonderpädagogen ausgestattet.

Frau Ernst ergänzt, bei den Schülerinnen und Schülern im Bereich der Klassen 7 – 10 verhielt es sich anders. Da gab es noch Aufnahmen in die Förderschule, die aber auch zurückgingen, da auch in den Oberschulen diese Schülerinnen und Schüler gefördert werden. Weiterhin werden auch Kinder an der Förderschule Luckenwalde aufgenommen, da eine relativ dichte und zeitnahe Beförderung möglich ist.

Frau Dr. Voigt fragt, ob dieser hohe Anteil an Sonderpädagogen in den Schulen Bestand hat. Sie meint, oft werden die Sonderpädagogen in die Vertretungsreserve überführt und können dann nicht ihren eigentlichen Aufgaben gerecht werden.

Frau Ernst erklärt, die Zuweisung für die sonderpädagogische Förderung richtet sich nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Zur Vertretungssituation in den Schulen werden Vertretungskonzepte erarbeitet. Sonderpädagogen werden nur im Ernstfall als letzte Maßnahme zur Vertretung eingesetzt.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bittet um Abstimmung.

Ja-Stimmen: 7
Enthaltungen: 2
Nein-Stimmen: 0

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Auflösung der Schule „J.H. Pestalozzi“ mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt „Lernen“ mit Wirkung spätestens zum Schuljahresende 2019/2020 zu beschließen.

TOP 6.2

1. Teiländerung der integrierten Schulentwicklungsplanung des Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum 2017–2022 für das Mittelzentrum Ludwigsfelde im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (5-3778/19-I)

Herr Dunkel beantragt das Rederecht für Herrn Niepalla, dem Leiter der Abteilung Sport, Kultur, Bildung und Soziales der Stadtverwaltung Ludwigsfelde sowie für die anwesenden Eltern, die zu den ca. 800 Antragstellern der Eingabe gehören.

Frau Dr. Voigt beantragt Rederecht für den Schulleiter der Gottlieb-Daimler-Oberschule Ludwigsfelde, Herrn Große sowie für den Bürgermeister der Stadt Trebbin, Herrn Berger.

Frau Walbrach weist darauf hin, dass Rederecht nicht Diskussion bedeutet. Wichtige Hinweise sowie Botschaften können gerne mitgeteilt werden. Sie bittet um Abstimmung zum erweiterten Rederecht.

Die Mitglieder des Ausschusses erklären sich **einstimmig** einverstanden.

Herr Dornquast wird aufgrund der Diskussion im letzten Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Kreistag die integrierte Schulentwicklungsplanung (SEP) für den Zeitraum 2017 – 2022 ausführlich anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) erläutern. Er erklärt, es geht um die SEP für den Landkreis von 2017 – 2022 für den nördlichen Teilbereich. Die Verwaltung hat eine umfassende SEP, wie im Gesetz vorgeschrieben, für den Zeitraum 2017 – 2022 in den Jahren 2015/2016 erarbeitet. Die SEP wurde vom Kreistag beschlossen und ist vom Bildungsministerium genehmigt worden. Die SEP gilt bis 2022 und ist der Rahmen, in dem sich alle Schulträger bewegen können. Er erläutert das Brandenburgische Schulrecht, die Zuständigkeiten, Beteiligungsrechte, die jeweiligen Ausgangslagen, die Zielstellung sowie den Verfahrensablauf.

Frau Walbrach dankt für die ausführliche Darstellung und bittet um Nachfragen.

Herr Leisten fragt, ob bei der Errichtung der Gesamtschule von einem Neubau ausgegangen wird. Weiter weist er auf die geplante Gesamtschule mit einer Kapazität von ca. 1.000 Schülerinnen und Schülern in Dabendorf hin, die wahrscheinlich bis zum Jahr 2021 fertiggestellt ist. Er fragt, ob diese Schule zu einer Konkurrenz führen könnte.

Herr Dornquast berichtet, die Stadt Zossen hat den Neubau in dieser Größenordnung nicht mit dem Landkreis abgestimmt. Er meint, wenn ein Schulträger es sich leisten kann, so eine große komfortable Schule zu bauen, kann es nur im Interesse der Kinder sein, sieht aber die Kapazität von mehr als 1.000 Kindern als nicht erforderlich. Es kommen aus der Richtung Ludwigsfelde, Großbeeren und Trebbin nur wenige Schülerinnen und Schüler zur Gesamtschule Zossen/Dabendorf, da diese auch verkehrstechnisch nicht gut erreichbar ist. Herr Niepalla erklärt, für die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe Ludwigsfelde werden fünf Züge in der Sek 1 und 2 Züge in der Sek 2 benötigt, somit reicht die Kapazität. Die Räumlichkeiten sind ausreichend groß genug.

Herr Hepp stellt fest, es gibt eine gut funktionierende Schule, die in eine Gesamtschule umgewandelt werden soll. Diese Gesamtschule bietet so viel Attraktivität, dass die anderen Ortschaften wie Trebbin und Großbeeren Angst um ihre Standorte haben müssen. Die Oberschulen laufen leer und werden in ihrer Zügigkeit zurückgebaut. Er wünscht sich die Erstellung eines Gesamtkonzeptes.

Frau Schwenter erklärt, die Schülerzahlen für die Gesamtschule in Dabendorf sind in diesem SEP berücksichtigt. Sie sagt, der Übergang von der Oberschule auf das Gymnasium ist sehr schwierig und gelingt selten.

Dazu erläutert Herr Kürschner, in der Präsentation war gut dargestellt, dass die Abschlüsse überall möglich sind. Ein Problem ist das Übergangsverfahren von Klasse 6 in Klasse 7. Er erklärt noch einmal das Bewerbungsverfahren. Aus seiner Sicht ist zu betrachten, dass egal welche Schulform es zukünftig in Ludwigsfelde geben wird, es für die Sek 1 kurzfristig sehr knapp wird. Es werden Kapazitäten benötigt, die allein mit der Umwandlung der Schule wahrscheinlich nicht erreicht werden. Es müsste in dieser SEP noch geklärt werden, wie in den nächsten fünf Jahren der Bereich der Sek 1 abgedeckt werden kann und in evtl. zehn Jahren der Bereich der Sek 2.

Herr Niepalla bestätigt, dass die Stadt Ludwigsfelde für ihre Schülerinnen und Schüler in dem Planungsgebiet nicht genügend Kapazitäten im Bereich der Sek 1 hat, was aber nichts mit der Gesamtschule zu tun hat. Die Stadt als Schulträger wünscht, dass diese Schule von einer Oberschule in eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe weiterentwickelt wird. Ihm sind sehr viele Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe bekannt, die eine hervorragende Arbeit für jede Schülerin und jeden Schüler machen. Er teilt weiter mit, die Stadt Ludwigsfelde hat Ende August eine Machbarkeitsstudie für die gesamte Schullandschaft in Auftrag gegeben. Dort wird auch betrachtet wie die Kapazitäten im Bereich der Sek 1 z. B. durch einen Schulneubau erhöht werden können, um allen Schülerinnen und Schülern in der Region ein Angebot machen zu können. Für die Pendler in andere Landkreise muss der Landkreis zurzeit hohe Schulkosten an diese Landkreise zahlen.

Frau Dr. Voigt hat sich mit sechs Schulleitern aus Ludwigsfelde, Großbeeren, Dabendorf, Tebbin, OSZ sowie Bürgern zu Gesprächen getroffen und fand diese sehr konstruktiv. Für sie ergibt es keinen Sinn, eine gut funktionierende Schule für eine Gesamtschule zu schließen, um dann einige Jahre später eine neue Oberschule aufzumachen. Sie hat auch gemerkt, dass vielen nicht bekannt ist, dass die Gesamtschule den gleichen Lehrplan hat wie eine Oberschule im Gegensatz zum Gymnasium, das in der 10. Klasse deutlich höhere Abschlüsse bietet. Die Drittelregelung wird dazu führen, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler, die jetzt an die Oberschule gehen, nicht mehr von der Gesamtschule genommen werden. Diese besonders förderungswürdigen Kinder müssen dann an eine Oberschule an einem anderen Ort gehen. Sie hält zwei Oberschulen für Ludwigsfelde für notwendig und einen nahtlosen Übergang von der Grundschule an die Oberschule empfehlenswert. Ideal wären für sie nur Gesamtschulen im gesamten Landkreis von der 1. bis zur 13. Klasse.

Herr Wylegalla erklärt, er kennt die Gottlieb-Daimler-Oberschule mit den hervorragenden pädagogischen Maßnahmen gegenüber bildungsbenachteiligten Schülerinnen und Schülern sehr gut. Er ist der Meinung, in Ludwigsfelde besteht das Problem des enormen Wachstums. Die erhobene Forderung, erst einmal die dadurch für die Stadt benötigten Schulplätze zu planen, hält er für berechtigt. Er meint im Bildungsverhalten wird keine Rücksicht auf die Nachbarn genommen und schließt sich deren Bedenken an. Er fragt Herrn Niepalla, worin dieses qualitative Mehrangebot der Gesamtschule besteht. Er stellt fest, dass es quantitativ kein Mehrangebot ist, da die Schülerzahlen gleich bleiben sollen. Dem Schulleiter wurde eine inhaltliche Auseinandersetzung bis jetzt verweigert.

Herr Niepalla weist darauf hin, dass er zum Gesamtkonzept Ausführungen gemacht hat. Er erklärt, der Mehrwert besteht darin, dass die jetzt bestehende gut funktionierende Oberschule die beste Voraussetzung bietet, um darauf aufbauend ein Bildungsangebot mehr zu haben.

Frau Walbrach fragt Frau Schwenter, warum derzeit nicht die Chance von den Schülerinnen und Schülern genutzt wird, von der Oberschule ans OSZ zu gehen, um den gewünschten Bildungsabschluss zu bekommen.

Frau Schwenter erklärt, der Weg wird genutzt, ist aber übernachgefragt. Sie bestätigt auch die Annahme von Frau Walbrach, dass mit der geplanten Gesamtschule die Schulwege für die Kinder kürzer werden.

Frau Walbrach bemerkt, dass der Bürgermeister aus Trebbin bzw. die Schulleiter Sorge haben, dass ihre Schulen sich leerziehen. Sie fragt Herrn Kürschner, ob er diese Sorge teilen kann.

Herr Kürschner berichtet, die Schulstandorte haben sich sehr positiv entwickelt, gerade der Standort Trebbin hat sich sehr stabilisiert. Er kann aber nicht voraussagen, wie das Elternverhalten ist, wenn es eine Gesamtschule gibt. Die Gesamtschule ist zurzeit die gefragteste Schulform im gesamten Land und wird von den Eltern stark angenommen.

Herr Dunkel erinnert an die Petition von über 800 Bürgerinnen und Bürgern zur Errichtung einer Gesamtschule. Er hat in den letzten beiden Ausschüssen unterschiedliche Auffassungen der Schulen, Gemeinden und Orte gehört. Er hat auch mit dem Bürgermeister von Großbeeren ein Gespräch geführt, das widersprüchlich zu den Aussagen von Frau Dr. Gärtner war, die vehement klargestellt hat, die Gemeinde Großbeeren lehnt die Gesamtschule ab. Der Bürgermeister von Großbeeren, Herr Borstel, hat ihm erklärt, dass die Oberschule in keiner Weise gefährdet ist, sondern bereits eine Erweiterung dieser Schule vorbereitet wird. Er berichtet weiter, von der Stadt Ludwigsfelde wurde wieder eine Machbarkeitsstudie zur Erweiterung der Schullandschaft im Landkreis in Auftrag gegeben. Es ist bekannt, dass die Plätze in der Gesamtschule nicht reichen werden und dringend ein neues Konzept erstellt werden muss, da pflichtige Aufgaben zu erfüllen sind. Der Bau einer weiteren Schule ist notwendig. Er bittet alle um Zustimmung zur Errichtung der Gesamtschule in Ludwigsfelde.

Herr Leisten ist skeptisch, ob nur durch die Errichtung der Gesamtschule das Problem der steigenden Schülerzahlen behoben werden kann. Er meint, das Problem könnte auch evtl. durch eine Erweiterung der Oberschule gelöst werden. Er bezweifelt, dass die Gesamtschule das ideale Bildungsgerüst für unser Land ist. Er weist auf den Bildungsmonitor hin, der ausweist, dass die Länder mit den meisten Gesamtschulen im unteren Teil der Tabelle zu finden sind. Diejenigen mit einem differenzierten Schulsystem wie Thüringen und Sachsen sind oben.

Herr Große erklärt, als Verantwortlicher für die Leitung einer Schule ist er nicht im Bildungsausschuss der Stadt Ludwigsfelde gehört worden. Kein Stadtverordneter kam zu ihm als Bildungspraktiker. Nur Frau Dr. Voigt suchte das Gespräch. Er zweifelt die Zahlen nicht an. Er hat nur dargestellt, dass mit der fünfzügigen Gesamtschule die Kapazität nicht ausreicht. Er fragt, ob so ein Konzept fünfzünftig beschlossen werden kann. Im Jahr 2014 wurden an seiner Schule acht Klassenräume weggebaut, die demnächst vielleicht wieder gebraucht werden. Sein Anliegen hätte sich mit einem Arbeitskreis erledigt, in dem nach objektiven Bildungsbedarfen in Ludwigsfelde gefragt worden wäre.

Herr Dunkel erklärt auf Nachfrage von Herrn Hepp, dass er für die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde spricht, die dieser Vorlage mehrheitlich zugestimmt haben.

Herr Wylegalla fragt, wobei es sich um den Mehrwert handelt, da Herr Nypalla darauf keine Antwort geben konnte. Er meint, es ist wie immer kennzeichnend für die Stadt Ludwigsfelde, nicht mit den Beteiligten zu sprechen, was er als ein demokratisches Defizit bezeichnet. Er würde sich gern an Beratungsgesprächen beteiligen, um die auf die Stadt zukommenden Probleme anzugreifen. Er merkt an, wenn diese Schule geschlossen würde, hätte es – wie der Schulleiter dargestellt hat - große Auswirkungen auf die soziale Landschaft der Jüngeren. Er hält es für eine Katastrophe.

Frau Walbrach fragt, ob diese Oberschule mit einer gut gewachsenen Struktur lediglich ein erweitertes Bildungsangebot bekommt oder sich komplett neu strukturiert.

Herr Kürschner erklärt, eine Gesamtschule und eine Oberschule haben bis zur 10. Klasse das gleiche Bildungsangebot. Bei Erreichen der notwendigen Schülerzahl wird die Sek 2 gebildet. Sobald eine Klasse eine Gesamtschulklasse ist, heißt die Schule Gesamtschule und es muss ein entsprechendes inhaltliches Konzept erarbeitet werden. Für die Klassen, die als Oberschüler eingeschult worden sind, ändert sich inhaltlich nichts. Es ist ein langsamer Übergang. Die Zielrichtungen der Oberschule müssen erweitert werden, auch muss es personell Änderungen geben.

Herr Niepalla ergänzt, die Stadt Ludwigsfelde wird natürlich die erfolgreichen pädagogischen Konzepte der Oberschule nicht negieren. Das Lehrerkollegium kann die neue Schule entsprechend gestalten und Bewährtes mitnehmen. Als Partner steht die Stadt Ludwigsfelde zur Seite und gibt die notwendige finanzielle Unterstützung, um gute pädagogische Konzepte vor Ort weiterhin umsetzen zu können.

Herr Schlüpen hat die Fakten und verschiedenen Meinungen zur Kenntnis genommen. Er erklärt, als Bildungspolitiker im Kreistag und in diesem Ausschuss steht es ihm nicht zu, die jeweiligen Schulformen einzuschätzen. Er nimmt lediglich zur Kenntnis, dass es von den Eltern nach dem Schulgesetz des Landes Brandenburg einen Anspruch auf die Wahl einer Gesamtschule für ihre Kinder gibt. Dann muss diese Möglichkeit auch gegeben sein. Er stellt fest, dass es bisher im Norden des Landkreises keine Gesamtschule gibt und die Stadt Ludwigsfelde dieses Angebot zur Verfügung stellen möchte. Ihm ist der Wunsch der Eltern, die die Gesamtschule wollen, wichtiger als die Aussagen der Eltern der Kinder, die bereits an der Oberschule beschult werden. Er wird diesen Gesamtschulstandort befürworten.

Abschließend merkt Frau Walbrach an, sie hätte sich sehr gefreut, wenn es die Stadt Ludwigsfelde geschafft hätte, im Vorfeld mehr Ruhe in die Diskussion zu bringen, Der Zeitpunkt, die Art und Weise des Ablaufs stören hier erheblich. Sie bittet um Abstimmung.

Ja-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0
Nein-Stimmen: 5

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die 1. Teiländerung der aktuellen Schulentwicklungsplanung 2017-2022 im Bereich der weiterführenden Schulen für das Mittelzentrum Ludwigsfelde abzulehnen.

Frau Walbrach beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, d. 25.10.2019

gez. Nadine Walbrach
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin